

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lukács, Kun, Hegedüs

Drei Schicksale — drei Biographien

Georg Lukács — der Politiker

Am 13. April 1885 wurde — unter dem Namen Georg Lukács bekannt — György Bernát Löwinger in Budapest geboren. Die Familie war sehr wohlhabend. Sein Vater, ein namhafter Bankier, u.a. Generaldirektor der Englisch-Österreichischen Bank, war ein Prototyp des assimilierten Juden: er, der grosse Bourgeois, hatte 1890 den Familiennamen auf den ungarisch gut klingenden Namen *Lukács* geändert. Neun Jahre später wurde die Familie von König und Kaiser Franz Joseph geadelt: sie durfte von nun an das Adelsprädikat «von» mit dem Beinamen «szegedi» führen. György Lukács wurde als Kind getauft: er trat zur reformierten Kirche über.

All dies und noch viel mehr ist über den in Budapest mit 86 Jahren 1971 verstorbenen weltweit bekannten ungarischen marxistischen Philosophen György Lukács in einer vor kurzem publizierten Budapester Biographie zu lesen¹. Der Verfasser, István Hermann (60), selber Schüler von Lukács, ist der einzige Philosoph aus diesem Kreis, der heute noch in Ungarn lebt und wirkt. In seinem Werk — es ist unseres Wissens die einzige Biographie über Lukács in ungarischer Sprache, sie wurde anlässlich des hundertsten Geburtstages veröffentlicht — lässt Hermann den Werdegang von Lukács Re-

vue passieren. Es werden auch heikle Fragen nicht ausgelassen. Das Werk ist in erster Linie als eine *politische Biographie* Lukács' aufzufassen.

Des bürgerlichen Lebens leid, schon lange mit sozialen Problemen beschäftigt, trat Lukács 1918 in die soeben gegründete KP Ungarns ein. Während der kurzlebigen Kun-Diktatur wurde er offizieller Leiter der Kulturpolitik und einer der Führer der KP. Seine Schwierigkeiten mit Béla Kun begannen bereits 1919, als dieser — um für die Räterepublik Geld zu beschaffen — die soeben verstaatlichten Kunstsammlungen gegen Dollars im Ausland verkaufen wollte. Lukács sah sich veranlasst einzutreten: «*Dies konnte ich nur dadurch vereiteln, indem ich Kun erklärte, die Kapitalisten würden die Kunstschätze wohl kaufen, die Dollars würden sie aber nicht uns, sondern den bisherigen privaten Besitzern aushändigen!*» Eine bisher unbekannte Episode in Lukács' Leben ist sein Einsatz an der Front. Er sollte in der ungarischen Roten Armee als Kommissar für vermehrte Disziplin sorgen. Als jedoch seine Soldaten ein zweites Mal vor dem Feind die Flucht ergriffen, wurde der 34jährige Philosoph radikal: er liess einen Teil seiner Leute erschiessen.

Am 1. August 1919 brach die Räterepublik zusammen. Kun und die

Volkskommissare begaben sich ins Wiener Exil. Nur zwei Genossen ließen sie zurück: den buckligen Chef der roten politischen Polizei, Otto Korvin, und Lukács; sie sollten im Auftrag von Kun, die illegal gewordene KP aufbauen. Es war ein sowohl politischer als auch personeller Fehlentscheid; die zurückgelassenen Genossen waren in Budapest stadtbekannt. Lukács erklärte später gegenüber Hermann, er glaube, Kun habe ihm den Märtyrertod zugeschrieben. Doch Lukács missachtete die Anweisung und übersiedelte im September 1919 eigenmächtig nach Wien. Korvin wurde gefasst und noch im Dezember 1919 erhängt.

Kun und Lukács vertrugen sich auch weiterhin nicht. Dennoch blieb Lukács der Partei treu. Er verbrachte in Wien und in Berlin mehr als zehn Jahre, publizierte viel, schrieb einige philosophische Werke. Er blieb jedoch für seine Parteifreunde ein unbequemer Zeitgenosse, wobei gesagt werden muss, dass Lukács, wenn es zu ideologischen Streitigkeiten zwischen ihm und der Partei kam, stets klein beigab und Selbstkritik übte.

Gefährdet in Moskau

1933 übersiedelte Lukács in die Sowjetunion. Er wurde während der Moskauer Prozesse (1936–1938) Zeuge der grossen Säuberungen. So erlebte er, wie nach und nach seine eigenen Genossen liquidiert wurden. Lukács suchte später für dieses Drama eine eigene Erklärung zu finden, und zwar: bei den Prozessen hätten sich ähnliche Machtkämpfe abgespielt wie während des Kampfes Robespierre – Danton in der Zeit des jakobinischen Terrors. Eigentlich sei es sowohl in Pa-

ris als in Moskau um die *Fortentwicklung der Revolution* gegangen. Lukács gab zwar zu, dass «damals» die Vorwürfe gegen Danton «objektiv betrachtet» unbegründet waren, räumt jedoch ein: die politische Wahrheit ist wichtiger als das Schicksal der angeklagten Personen.

Der Autor versucht Lukács' Beurteilung der Prozesse dadurch zu entkräften, dass er schreibt: Der Philosoph hatte den wahren Sinn dieser Prozesse einfach nicht begriffen. Er bringt als Entschuldigung vor, dass Lukács damit nicht allein gestanden habe, denn auch Bertolt Brecht, Romain Rolland und Ernst Fischer hätten an die Schuld der in Moskau verurteilten Altbolschewiken geglaubt.

Warum Lukács damals (1936–1940) vom NKWD nicht verhaftet wurde, erklärt der Philosoph selber gegenüber dem Autor – nicht ohne Nai-vität – damit, dass er erstens nie zum Kreis von Radek und Bucharin gehört habe, dass er zweitens in die internen ungarischen KP-Streitigkeiten nicht verwickelt gewesen war, und dass drittens seine Wohnung in Moskau derart winzig gewesen sei, dass niemand ihn deswegen beneidet habe.

Vorsichtshalber hatte jedoch Lukács seine Bibliothek von den verfemten Autoren gesäubert. Der Autor schildert nach Lukács' Erzählung plastisch, wie er sie, in zwei Säcke gepackt, mit seinem Dichterfreund Andor Gábor in einer Nacht zum Moskva-Fluss brachte und diese dort versinken liess. Da die politische Stimmung in der Sowjetunion damals sehr antideutsch war, mussten auch die deutschen Klassiker den Weg in den Fluss finden ...

Ein unbekanntes Kapitel in Lukács' Leben ist die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes. Er, der engagierte Antifaschist,

der vorher mit Feuer und Flamme die sogenannte Volksfront-Politik der Komintern unterstützt hatte, musste sich nach August 1939 klein machen: «*Die gegebene Lage machte es zwar notwendig, dass meine germanistischen Forschungen vertieft, die Polemik gegen den Faschismus aber anders gestaltet werden sollte.*» Obwohl Lukács sich auf Molotows Äusserungen berief, wonach jetzt (1939/1940) das Zeitalter des «vulgären Antifaschismus» vorüber sei, war die Wahrheit dennoch, dass die sowjetische Presse «äusserst vorsichtig» formulierte, wenn es darum ging, den Faschismus zu kritisieren — so der Autor.

Nach dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion (1941) wurde Lukács zusammen mit einer Reihe ausländischer Kommunisten vom NKWD verhaftet. Er hatte Glück und musste nur knapp einen Monat in dem berüchtigten Moskauer Gefängnis «Ljubljanka» verbringen. Seine Frau vermochte mit einer Petition durch Rákosi den Komintern-Chef Dimitrow zu bewegen, der Lukács Ende August befreite. Was mit ihm in der «Ljubljanka» genau geschah, hat Lukács anscheinend nie erzählt, vielleicht selber gar nie richtig verstanden. Er sagte nämlich später einem sowjetischen Freund, der entsetzt Lukács über dessen Haftaufenthalt befragte: «*Eigentlich war alles sehr komisch...*»

Als sich die Deutschen Moskau näherten, wurde ein Teil der Emigranten nach Taschkent verschickt. Sie befanden sich dort in einer miserablen Lage. Niedergeschlagenheit griff um sich. Lukács erinnert sich, dass einer seiner Freunde, der kommunistische Dichter Gábor, ihm erklärte: «*Die Sowjetunion ist fertig. Wir sind nahe der iranischen Grenze. Deine Pflicht, Gyuri, ist es, über die Grenze zu gehen, in den Westen zu*

gelangen und dort die Gründe des Zusammenbruchs der Sowjetunion zu schildern!» Lukács habe geantwortet: «*Zur Stunde ist die Sowjetunion noch nicht zusammengebrochen, und wenn sie zusammenbrechen sollte, würde ich mit ihr zusammen untergehen!*»

Rückkehr nach Ungarn

Nach dem Krieg kehrte Lukács nach Ungarn zurück. Er wurde Dozent an der Budapester Universität. Die KP beanspruchte ihn nicht als Funktionär. Lukács glaubte, laut der Biographie, dass die von Moskau nach 1945 in Osteuropa eingeführte Volksfrontpolitik ehrlich und dauerhaft gemeint sei. Der Beginn des Kalten Krieges und die offene Diktatur der KP unter Rákosi (1948/1949), die Eliminierung der demokratischen Parteien, liess allerdings in ihm die Erinnerung an die Moskauer Prozesse aufkommen. In der Tat: Der Rajk-Prozess und der stets härter werdende Terror wiesen darauf hin. 1949/1950 kam es zu einem «ideologischen Disput» zwischen dem KP-Chefideologen J. Révai und Lukács. Es ging zwar um marxistisch-philosophische Fragen, aber auch um die wahre Funktion der Volksfront in Osteuropa. Lukács lenkte auch diesmal ein und übte die geforderte Selbstkritik. Eingekerkert wurde er zwar nicht, aber seine akademische Laufbahn in Ungarn fand ein Ende. Die KP benützte von nun an Lukács lediglich als internationales Aushängeschild — er blieb Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und des in Wroclaw-Breslau 1949 gegründeten Weltfriedensrates.

Nach Stalins Tod verbesserte sich Lukács' Los. 1955 wurde sein siebzigster Geburtstag in aller Öffentlichkeit

gefeiert. Auch in der DDR wurde Lukács «entdeckt». Der Aufbau-Verlag in Ost-Berlin brachte einen Jubiläumsband unter dem Titel «*Georg Lukács zum 70. Geburtstag*» heraus, in dem auch Ernst Bloch und Thomas Mann mit einer Grussbotschaft vertreten waren.

1956 war das Jahr der grossen Umwälzungen in Osteuropa. Die Lawine wurde durch Chruschtschows Geheimrede am Schluss des XX. Parteikongresses der KPdSU ins Rollen gebracht. In Ungarn gärte es unter den Intellektuellen. Lukács nahm an der Sitzung des Petöfi-Kreises teil. Dort sagte er, dass das «Ansehen des Marxismus-Leninismus noch tiefer gesunken ist, als seinerzeit im Horthy-Ungarn». Im Mai 1956 durfte Lukács eine Reise nach Italien antreten.

Nach dem Aufstand (1956) — bei Hermann als «Aufruhr» bezeichnet — wurde Lukács, der nie speziell Kontakte zu Imre Nagy gepflegt hat, Kulturminister in dessen Kabinett, Mitglied des provisorischen Vorstandes (Politbüro) der neugegründeten KP, der MSzMP. Viel bewirkte er nicht; die Ereignisse überstürzten sich.

Doch der Umstand, dass Lukács seinen Namen und internationalen Ruf der Nagy-Regierung zur Verfügung gestellt hat, spricht schon für sich. Der Autor der Biographie kann (oder will) dieser Tatsache nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Er bemerkt einzig: «Am 4. November 1956 frühmorgens um drei Uhr wurde Lukács von Frau Szántó angerufen, er solle sofort packen und sich samt Ehefrau in die jugoslawische Botschaft begeben.» Was Lukács auch prompt tat. (Gegenüber Hermann entschuldigte sich Lukács für diese Tat damit, er sei derart schlaftrig gewesen, dass er dem Anruf

«völlig mechanisch Folge geleistet habe.») Wir wissen inzwischen die Wahrheit über diese dramatische Nacht, in der sich die Rote Armee anschickte, den Volksaufstand im Blut zu ertränken. Es war also eine mit den jugoslawischen obersten Behörden (mit Tito?) vorher abgestimmte sowjetische Vereinbarung, Imre Nagy und seine Regierung noch vor dem sowjetischen Überfall in die jugoslawische Botschaft in Budapest zu locken und sie dort von den Geschehnissen der nächsten Stunden vollständig abzuschirmen.

Lukács begab sich zur jugoslawischen Botschaft, und obwohl er im Vorstand der dort versammelten KP-Führung war, machte er — nach eigener Aussage gegenüber dem Autor — «überhaupt nichts». Was nachher geschah, schildert Hermann wie folgt: «*Nach einigen Wochen (am 23. November 1956) wurden sie aus der Botschaft mit einem Flugzeug an einen unbekannten Ort geflogen. Es stellte sich heraus, dass es der Flughafen von Bukarest war. Von dort wurden sie im Auto nach Snagov gefahren. Aus Snagov schrieb Frau Lukács an István Hermann und Agnes Heller (Lieblingsschüler von Lukács) einen Brief, in dem sie — in bezug auf ihre unlängst abgeschlossene Lektüre — darauf hinwies, sie und Lukács verstünden hier und jetzt Franz Kafka durch und durch...*

Lukács wurde in Snagov — eine für höhere rumänische Parteifunktionäre gebaute, streng bewachte Siedlung — öfters von Vertretern Kádárs aufgesucht. Lukács durfte dort nicht arbeiten. Ihm und den anderen Gefangenen (Imre Nagy und Gefolge aus der jugoslawischen Botschaft, etwa 22 Personen), die alle voneinander isoliert in verschiedenen Häusern wohnten, stellten die Sowjets einen «ideologischen

Berater» zur Seite. Dieser sollte Nagy und die anderen nach Rumänien verschleppten Reformkommunisten dazu veranlassen, den Aufstand im «richtigen Lichte des Marxismus-Leninismus zu sehen» und ihn als Konterrevolution zu verdammen. Lukács gehörte zu den ersten von drei Personen dieser Gruppe, die klein beigaben. Er unterschrieb und konnte nach Budapest zurückkehren, und zwar bereits am 11. April 1957. Obwohl er im Mai Kádár ersuchte, in die neue KP eintreten zu dürfen, blieb sein Brief unbeantwortet. Obschon ihm gegenüber keine Strafen verhängt wurden, blieb Lukács für das Kádár-Regime während mehr als zehn Jahren eine Unperson. Er durfte nicht unterrichten, nichts von ihm wurde publiziert: in der DDR und in der Sowjetunion wurde er in den philosophischen Fachzeitschriften als Erzrevisionist angegriffen. Sein Schüler in der DDR, Wolfgang Harich, wurde in jenen Jahren wegen staatsfeindlicher Handlungen angeklagt und für längere Zeit eingekerkert.

Verfemt – rehabilitiert

Erst nach und nach wurde Lukács aus seiner inneren Emigration in Budapest befreit. Dabei spielte eine nicht geringe Rolle, dass seine Bücher in den sechziger Jahren im Luchterhand-Verlag erscheinen konnten. Die Tantiemen aus der Bundesrepublik ermöglichten es ihm, der in Ungarn zu keinen westlichen Publikationen Zugang hatte, wieder regelmässig deutsche Zeitungen zu beziehen. Hermann zählt Lukács' bevorzugte Blätter auf: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», «Neue Zürcher Zeitung» und «Der Spiegel» – abgesehen von der Fachpresse.

Ab 1962 begann Lukács wieder zu schreiben – vorerst allerdings nur für seine Schublade. Er arbeitete namentlich an einem Werk «Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins», das er in einem Umfang von etwa 2000 Seiten plante.

Als Lukács' Gattin Gertrud an Krebs starb, erfolgte die Beerdigung – obwohl sie gemäss Autor «eine wichtige und alte Kämpferin in der Arbeiterbewegung gewesen war, die sogar ihre eigenen Kinder in den politischen Kampf miteinbezogen hatte» – ohne jede Parteivertreter. Der Nachruf durfte lediglich als bezahltes Inserat in der Tagespresse erscheinen. Erst 1965 fand Lukács wieder die Gunst der Partei: György Aczél, der unbestrittene Kulturpapst dieser Zeit, gratulierte Lukács zu dessen achtzigstem Geburtstag persönlich und stellte dabei in Aussicht, er werde «bald» eine Antwort auf seinen Brief vom Mai 1957 vom Politbüro erhalten ...

1965 erschien in Budapest nach langen Jahren endlich wieder ein Buch von Lukács, eine Ästhetik. Nachdem die wirtschaftliche Liberalisierung in Ungarn auch die ideologisch-kulturelle Front beeinflusste, begann das Eis um Lukács zu schmelzen. Zu Weihnachten 1967 wurde in «Népszabadság» ein längeres Gespräch mit ihm veröffentlicht. Im selben Monat nahm ihn die KP in ihre Reihen auf und bescheinigte ihm sogar rückwirkend seine Mitgliedschaft.

Das Jahr 1968 – der Prager Frühling – ist auch für Lukács voll Dramatik. Er ist aber nunmehr vorsichtig. Obwohl der Philosoph mit Dubčeks Reformpolitik sympathisierte und in der Bundesrepublik eine Schrift über Solzhenizyn («der grösste russische Schriftsteller in unserer Zeit») veröf-

fentlichte, hielt er sich mit einer Stellungnahme zurück. Er verfasste zwar eine Schrift «Demokratisierung heute und morgen», wobei er Dubcek warnte, er solle den Bogen der Geduld der Sowjets nicht überspannen — doch dann kam der 21. August 1968 und alles war zu Ende.

1970 erwies man Lukács die Ehre, dass ihm in Budapest der Frankfurter Goethe-Preis von Iring Fetscher überreicht werden konnte. Lukács starb, mit der Partei ausgesöhnt, am 4. Juni 1971 mit 86 Jahren.

Im April 1985 feierte die Partei Lukács' hundertsten Geburtstag — als hätte es nie Unstimmigkeiten zwischen der KP und dem Philosophen gegeben. Man stellte sogar in Aussicht, sein Lebenswerk — auch diejenigen Bücher, die er nur im Westen publiziert hatte — «sukzessive» der ungarischen Leserschaft «möglichst bald» vorzulegen. Das Erscheinen lässt aber auf sich warten. Wie einem Leserbrief vom 16. Oktober 1985 in der Budapest Magyar Nemzet entnommen werden kann, sind selbst diejenigen Bücher von Lukács in Budapest weder neu noch antiquarisch erhältlich, die er zu Lebzeiten in Ungarn veröffentlicht hatte.

Diese Veröffentlichung wäre dem Philosophen wichtiger gewesen als das Denkmal, das ihm jüngst in Buda errichtet wurde ...

*

Béla Kuns Nachleben

Ein anderer Parteiveteran, dessen hundertsten Geburtstag das offizielle Ungarn im vergangenen Februar durch wissenschaftliche Tagungen, Dutzende von Artikeln und nicht weniger Publikationen feierlich begangen hat, war

Béla Kun. Er war 1919 das Herz und die Seele der ungarischen Räterepublik, danach Emigrant in Wien, Kommissar in Russland, namhafter internationaler Vorkämpfer eines roten Europas und endete im November 1939 in den düsteren Gewölben des berüchtigten Moskauer «Ljubljanka»-Gefängnisses.

Von Stalins Schergen als «Volksfeinde» verfeindet, wurde seine ganze Familie, wie dies in der Sowjetwelt damals üblich war, auf die Liste der Proskribierten gesetzt und gezwungen, ihren Familiennamen zu ändern. Frau Kun und Schwiegersohn landeten in Arbeitslagern, die Tochter in der Verbannung und der minderjährige Sohn im Kinderheim. 15 Jahre lang lebten die Angehörigen des einstigen «Helden der ungarischen Räterepublik» als Aussätzige der Sowjetgesellschaft. Inzwischen wurde die Geschichte von 1919 umgeschrieben; anstelle von Kun wurde dem damals unbedeutenden Stellvertretenden Volkskommissar für Handel, Mátyás Rákosi, die Hauptrolle zugeschrieben — zu einer Zeit allerdings, in der dieser kahlköpfige Parteiführer von Stalins Gnaden uneingeschränkter Diktator der Volksrepublik Ungarn war und dazu das Image eines «verwegenen Kämpfers für die Arbeiterbewegung» benötigte.

Béla Kuns drittes Leben begann mit Chruschtschows Entstalinisierungs-Kampagne im Frühjahr 1956. Man entzann sich in Moskau «plötzlich» des «treuen Sohnes der ungarischen KP», der «unglücklicherweise» Opfer der «Ungesetzlichkeiten» der dreissiger Jahre geworden war.

Am 20. Februar 1956 erschien in der Moskauer «Prawda» zu seinem siebzigsten Geburtstag ein grosser Gedenkartikel über «unseren Freund,

den Genossen Béla Kun». Darin wurde der ungarische KP-Führer in aller Form rehabilitiert, seine persönliche und politische Ehre wiederhergestellt. Der Familie Kun wurde erlaubt, nach Ungarn zurückzukehren. Sie durfte wieder ihren ursprünglichen, nunmehr «historischen» Namen tragen. Quasi als Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht erhielten die Kuns eine ansehnliche Summe und eine Rente. Béla Kuns irdische Hülle blieb jedoch in der UdSSR zurück. Niemand weiß, wo der heimlich Hingerichtete damals verscharrt worden ist. Alles, was die Hinterbliebenen dieses Opfers von «Unge setzlichkeiten» von der Sowjetjustiz erhielten, war eine kurze Bescheinigung darüber, dass der Delinquent am 30. November 1939 in Moskau «in polizeilichem Gewahrsam» verstorben sei. Ein Totenschein also, in dem nicht einmal die Todesursache aufgeführt war.

Eine missliebige Biographie

So hat Kun weder in Moskau noch in Budapest ein Grab. Hingegen hat man in den vergangenen Jahrzehnten den Versuch unternommen, seine Rolle für die Geschichte ins rechte Licht zu rücken. Eine Flut von Kun-Studien wurde — von der Partei-Obrigkeit veranlasst — publiziert. Der Grossteil davon ist Propaganda. Die brisanteste Kun-Biographie wurde 1979 in Budapest veröffentlicht — und sofort wieder aus dem Handel gezogen. Der Verfasser, György Borsányi, hatte für seine Arbeit den Segen der höchsten Parteistellen in Budapest und durfte — ein Novum auf diesem Gebiet — zu seiner Forschungstätigkeit an Ort und Stelle Moskauer Parteiakten studieren. Sein Werk war

aussagekräftig, sowohl in bezug auf die Hauptperson, als auch in bezug auf die damalige Zeit unter besonderer Berücksichtigung der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Kun-Biographie hätte ein Bestseller werden können, denn sie unterschied sich deutlich von den Machwerken, in denen der KP-Führer als wahrer Heiliger dargestellt wird. Borsányi zeigte auch die Schwächen Kuns. Kun hatte nämlich in seiner politischen Laufbahn nicht wenige Fehler begangen — auch menschliche Schwächen waren ihm nicht fremd. Er war süchtig nach Macht. Wer ihm im Wege stand, den zeigte er (wenn nötig) der sowjetischen Geheimpolizei an. Das Leben etlicher seiner Genossen aus dem Moskauer Exil wurde — laut Borsányis Nachforschungen — auf diese Weise beendet.

Das Buch war nur kurze Zeit erhältlich². Kuns Tochter Agnes sorgte dafür, dass es kein «solches» Werk über ihren Vater geben darf. Die 40 000 Exemplare des ersten wahren Buches über Kun wurden eingestampft. An dessen Stelle erschien in den nächsten Jahren eine trockene Polit-Broschüre über Kun und das Jahr 1919 — verfasst von einem Parteiveteranen, der den Helden langweilig, salbungsvoll und somit für die ungarische Leserschaft uninteressant präsentierte³.

Überhaupt hat die KP-Obrigkeit in Ungarn Pech mit ihrem Béla Kun. Nicht nur die ältere, sondern auch die Nachkriegsgeneration zeigt wenig Interesse an dieser in der Geschichte noch immer umstrittenen Gestalt. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass im heutigen Ungarn alles, was nicht unmittelbar mit der nationalen Geschichte zusammenhängt, abgelehnt wird. Oder damit, dass die Leute einfach genug davon haben, über ihren

fremden Helden zu lesen. Tief im Unterbewusstsein der heutigen ungarischen Gesellschaft ist 1919 noch immer gleichgesetzt mit einem chaotischen politischen Experiment, das die Nation in jeder Hinsicht enttäuschte. Die ungarische KP der Zwischenkriegszeit wird — entgegen der Erwartung des Parteihistorischen Institutes — nicht als die «wahre Vertreterin der ungarischen nationalen Interessen» angesehen, und die Vorkämpfer und Parteimärtyrer dieser Zeit können trotz aller Anstrengungen der Obrigkeit nur noch nach «aussen hin» als Nationalhelden gefeiert werden. Die nach 1945 geborene Generation kennt begreiflicherweise die ungarische Räterepublik von 1919 nur als trockene Geschichte und spürt keine innere Verbundenheit mit ihr.

Deshalb haben auch die wiederum neuesten und zahlreichen Publikationen über Béla Kun's hundertsten Geburtstag den Mann dem ungarischen Volk nicht näher gebracht. Die Photo-Alben, die Aufsätze, seine Schriften und eine neue Biographie schmückten vergebens die Schaufenster der Buchhandlungen⁴. Die Kun-Literatur war unverkäuflich.

*

András Hegedüs, ein Revisionist

«Im Schatten einer Idee» heisst András Hegedüs' neuestes Buch⁵. Auf der Bauchbinde steht: «Zum Jahrestag der Ungarischen Revolution». András Hegedüs war «damals», in der ungarischen Vorrrevolutionszeit, anderthalb Jahre Ministerpräsident der Volksrepublik. Er hatte in dieser Eigenschaft einen nicht geringen Anteil daran, dass das von der kommunistischen Partei regierte Volk in seiner Verzweiflung zum letzten Mittel griff, zu den Waffen

gegen seine Unterdrücker. Heute, drei Jahrzehnte nach der Volkserhebung, die nur durch fremde Waffengewalt niedergedrückt werden konnte, hält das offizielle Ungarn nach wie vor an seiner alten Politlegende fest: der Oktober-Aufstand 1956 war eine «blutige Konterrevolution», die von den «westlichen Imperialisten» angezettelt worden war. Diese nützten die momentane Schwäche der Parteiführung aus und versuchten — durch die inneren Feinde des Sozialismus unterstützt — zeitweilig einen Teil der arbeitenden Massen für ihre egoistischen Ziele zu gewinnen. Belege für diese Behauptungen vermochte das offizielle Ungarn bis zum heutigen Tag nicht zu liefern. Direkte Zeugen der Geschehnisse, wie eben der 65jährige Hegedüs, Spitzenfunktionär a.D. der Kommunistischen Partei, haben andere Erinnerungen von jenen geschichtsträchtigen 1956er Tagen.

Hegedüs erzählt in diesem Buch sein Leben — wie er als armer Bauernsohn während der Horthy-Zeit nach Budapest kam, Student wurde und sich 1943 der illegalen KP angeschlossen hatte. Dieser Entschluss war für sein weiteres Leben richtungweisend. Nach 1945 machte der junge Mann eine glänzende Partei- bzw. Staatskarriere. Die Frage stellt sich: brachte er für die verschiedenen Ämter und Funktionen das nötige Rüstzeug mit?

Aufstieg und Fall

Bis 1956 fiel Hegedüs in der Öffentlichkeit nicht besonders auf. Dass er im April 1955 Ministerpräsident wurde, verdankte er eigentlich besonderen personellen Konstellationen; Imre Nagy musste abgelöst werden und Mátyás Rákosi, der Chef der KP,

wünschte sich an dieser Stelle einen Mann, der ihm hundertprozentig ergeben war. Hegedüs wurde plötzlich weltbekannt, als er am 23. Oktober 1956 in Budapest erstmals die Staatsicherheitstruppen gegen das aufständische Volk einsetzte. «*Damals*», so Hegedüs im vorliegenden Band, «*konnte ich gar nicht realisieren, dass das, was auf uns zukam, eine echte und demokratische Volksbewegung war, von niemandem konspirativ vorbereitet, geschweige denn vom Ausland organisiert...*»

Hegedüs musste um Mitternacht zum 24. Oktober abdanken. Er wurde danach — mit anderen orthodoxen Kommunisten — in die Sowjetunion gebracht, um den Fortgang der sowjetischen Beschwichtigungspolitik in Budapest nicht zu stören. Erst zwei Jahre später kehrte Hegedüs aus seinem Moskauer Exil zurück. Hier in Budapest schien sich in ihm ein innerer Prozess abzuspielen, in dessen Verlauf er sich — selbstverständlich durch die damaligen Osteuropa-Ereignisse beeinflusst — von einem Funktionär dogmatischen Stils zu einem eigenständig denkenden Soziologen wandelte. Er bejahte zwar nach wie vor den Sozialismus, aber nur einen solchen mit «menschlichem Antlitz» und mit mehr Demokratie — durch die Berufskorporationen verwirklicht. Seit 1974 ist Hegedüs nicht mehr Mitglied der KP; diesen Umstand empfindet er als Erleichterung.

Hegedüs' Buch zeichnet den Weg eines Funktionärs in die engere Führung eines kommunistischen Landes nach — ein Unikum auf dem westlichen Buchmarkt. Dabei lässt er sich von Zoltán Zsille durch ungeschminkte Fragen zu sehr lesenswerten Antworten verleiten. Zsille ist sein ehemaliger Schüler aus dem Budapester Soziologischen In-

stitut, der seit etlichen Jahren als «Disident» in Wien lebt. Das heisst, Zsille *fragt* und Hegedüs *antwortet*. Es werden dadurch also auch heikle Probleme des inneren Kreises der KP-Führung aufgegriffen, die ein Memoirenschreiber von sich aus wohl eher mit Schweigen übergangen hätte.

Die Frage stellt sich zu Beginn der Lektüre: Kann dem ehemaligen Spitzen-Funktionär vertraut werden? Ist Hegedüs in seinen Antworten ehrlich? Wir glauben diese Frage in mancher Hinsicht mit Ja beantworten zu können. Hegedüs formuliert seine Sätze nur dort vorsichtig, wo er glaubt, dass er sowjetische Interessen tangiert. Bei solchen Fragen laviert er, zieht er sich in sein Schneckenhaus zurück oder versucht, am Thema vorbeizureden.

Das Hauptgewicht des Buches liegt auf den Geschehnissen des Jahres 1956. Hegedüs stellt der KP-Führung 1949/1956 ein Armutszeugnis aus: sie sei volksfremd gewesen, habe keine Ahnung gehabt, was sich im Lande abspiele und sei vor Machtgier völlig verblendet gewesen. Was im Oktober 1956 geschah, war — so Hegedüs — keine Gegenrevolution, sondern ein *Volksaufstand*, der mit elementarer Kraft die damalige Führung wegfegte.

Die Lektüre des Buches ist ein «Muss» für jeden, der sich mit der politischen Geschichte Osteuropas der vergangenen Jahrzehnte auseinandersetzt. Die Lehren, die daraus gewonnen werden können, sind auch für die Gegenwart von Nutzen.

Für die ausgezeichnete Übersetzung aus dem Ungarischen und ein intelligentes Vorwort zeichnet Hans-Henning Paetzke verantwortlich. Seine diesbezügliche Herausgeber-Tätigkeit verdient Anerkennung.

Peter Gosztony

¹ István Hermann: Lukács György élete (György Lukács' Leben), Budapest 1985, Corvina Verlag. — ² Borsányi György: Kun Béla. Politikai életrajz, Budapest 1979, 424 S. — ³ Nemes Dezső: Kun Béla politikai életútjáról, Budapest 1985, 188 S. — ⁴ Arokay Lajos: Kun Béla, Budapest 1986,

176 S.; Erényi Tibor, Milei György, Szabó Agnes, Hrsg.: Kun Béla a kortársak szemével, Budapest 1986, 424 S., usw. — ⁵ András Hegedüs: Im Schatten einer Idee. Herausgegeben und übersetzt von Hans-Henning Paetzke, Ammann Verlag, Zürich 1986.

Wie kam es zur ungarischen Erhebung?

Heute gilt, was im Oktober 1956 in Budapest geschah, mit Recht als eklatantestes Symptom des Konflikts zwischen dem Sowjetsystem und den nationalen demokratischen Bestrebungen der Völker Mittelost-Europas. Doch bestätigt das Geschehen auch die These, wonach es keinen allgemeinen Volksaufstand gibt ohne gleichzeitige Krise der Führung.

Nur zwei Völker des Ostblocks — die Ungarn und die Polen — sind 1956 bis an den Rand einer Revolution gegangen, Ungarn sogar darüber hinaus, obzwar alle Völker dieses Blocks die gleichen Nöte, die gleiche Unterdrückung gekannt hatten.

In Ungarn hatte 1956 die politische Führung alle Orientierung verloren — mehr als die polnische, daher der Unterschied in der Lösung beider Krisen. Anders wäre nicht zu verstehen, dass ein Regime von einem Tag auf den andern zusammenbrach, obgleich die Herausforderung «technisch» zu meistern war. Die zahlreiche, aber unorganisierte Menge hatte ohne Feindseligkeit demonstriert; erst nach einer Kaskade von Irrtümern und Provokationen

kam es zum bewaffneten Aufstand. Beschlüsse der Führung hatten einen Wandel erhoffen lassen. Auf Seiten der Macht überwog Entmutigung und ein Gefühl der Hilflosigkeit.

Eine «neue Epoche»

Die Ursprünge weisen auf das Jahr 1953. Überall liess Stalins Tod den Anbruch einer neuen Epoche erhoffen. Nirgends war der Übergang so abrupt wie in Ungarn. Aus nicht ganz geklärten Gründen waren die Erben Stalins gegen ihren neuen Statthalter in Ungarn, Mátyás Rákosi, kritischer eingestellt als gegen andere osteuropäische Führer. Sie liessen ihn im Juni 1953 nach Moskau kommen und kanzelten ihn so ab, dass es einer politischen Exekution gleichkam. Rákosi musste einen Teil seiner Macht seinem Kritiker und Rivalen Imre Nagy abgeben. Mit keiner anderen kommunistischen Führungsgruppe wurde vorher oder nachher so umgesprungen. Es ist auch nicht geklärt, weshalb Rákosi, der kein Niemand war, sich nicht zu verteidigen

wusste wie Ulbricht. Schliesslich fand der Kreml in Imre Nagy einen begeisterten und verlässlichen Anhänger des neuen Kurses.

Dank Nagy wurde Ungarn 1953/1954 zum Pionier der Entstalinisierung. Doch seit Juli 1953 teilte sich die politische Führung in Anhänger und Gegner der Reformen — letztere waren die Anhänger Rákosis und Gerös. Rákosi selber leitete den Widerstand gegen den neuen Kurs und nutzte die Schwankungen im Kreml aus. Die Führung musste zwar die landwirtschaftliche Kollektivierung beenden und die Internierungslager öffnen, doch gelang es dem Clan um Rákosi, die Wirtschaftspolitik Nagys zu sabotieren. Sie bewahrten ihren Einfluss auf den Apparat. Nach dem Sturz Malenkows vermochten sie sich Anfang 1955 Imre Nagys zu entledigen und die harte Linie durchzusetzen.

Die Entmachtung Nagys und der Angriff auf seine Reformpolitik hatten aber Folgen, mit denen die Stalinisten nicht gerechnet hatten. Die öffentliche Meinung war nicht mehr bereit, sich so gefügig wie bisher gegenüber der von oben aufgezwungenen Politik zu verhalten. Die Diskreditierung der ganzen stalinschen Politik war nicht vergessen worden. Man hatte erlebt, dass viele Aspekte des «Marsches zum Sozialismus» abgeschafft worden waren. Die Selbstsicherheit der Führung war durch die Revision der politischen Schauprozesse erschüttert wie durch das öffentliche Auftreten vieler der Verfolgten. Man hatte das ihnen angetanen Unrecht als «Fehler» bezeichnet, aber die Meinung erwartete eine Sanktionierung dieser «Fehler». So spaltete die Kampagne gegen Nagy und seine Politik die Führung noch tiefer. Der Clan Rákosis untergrub die Chance

eines nicht katastrophalen Wandels. So wurde die «Reform» Synonym für «Revolution».

Tauwetter in Moskau, Eiszeit in Budapest

Wäre die Entwicklung in Moskau verlaufen wie die «Restauration» in Budapest, hätte Rákosi noch glaubwürdig gewirkt. Doch fand in Moskau die entgegengesetzte Entwicklung statt. Im Frühjahr 1955, wenige Wochen nach der Entmachtung Nagys, versöhnte sich Chruschtschow mit Tito und gab öffentlich zu, dass es andere Wege zum Sozialismus geben könne, als das sowjetische Modell. Im Februar 1956 stand der zwanzigste Kongress der sowjetischen KP im Zeichen der Entstalinisierung, in einem Stil, der die Ungarn an Imre Nagy erinnerte. Niemand hatte vergessen, dass Rákosi sich «den besten Schüler Stalins» zu nennen pflegte und die «jugoslawischen Verräter» auf das schärfste verurteilt hatte. Die Gelegenläufigkeit wirkte grotesk. Niemand konnte dieses Regime mehr ernst nehmen.

Keine «Zentristen»

Man darf sich fragen, warum die führende Gruppe nach dem Moskauer Parteikongress keine Spur von Klarheit zeigte. Warum versuchte niemand, die Partei durch Entmachtung Rákosis und seiner verhasstesten Kumpane zu retten? Es gab aber keine Mehrheit für einen solchen Schritt. Noch im Juli konnte Rákosi nur durch direkten Befehl aus Moskau abgesetzt werden. Es gab, anders als in Polen, keine im mindesten einflussreiche

«zentristische Gruppe» in der ungarischen Partei. Die grosse Mehrheit hielt zum Triumvirat Rákosi, Gerö, Revái, eine sehr kleine Minderheit hielt zu Nagy; zwischen diesen beiden Gruppen gab es nichts. Daher wurde nach dem erzwungenen Hinauswurf Rákosis der gleichgesinnte Gerö sein Nachfolger. Hegedüs berichtet, ihm sei die Nachfolge angeboten worden, die er abgelehnt habe. Doch gehörte er selber zum Rákosi-Clan.

Dazu kam, dass nach der Verurteilung von Nagys «Revisionismus» eine Rückkehr zu seiner Politik nicht ohne Gesichtsverlust möglich war. Auch nach Rákosis Sturz wusste die Führung nicht, was sie mit Nagy machen sollte. Sie wagte nicht, ihn zu rehabilitieren, und er selbst war zu keinem faulen Kompromiss bereit. Gerö urteilte, dass der unvermeidliche Übergang eine gewisse Zeit brauchen würde. Zeit aber war, was ihm am meisten fehlte.

Als Gerö sich endlich aufraffte, Nagy zu empfangen — es muss im September 1956 gewesen sein — waren die Tage des Regimes gezählt. Auch Juli wäre schon zu spät gewesen. Es hätte aber früher geschehen müssen, um aus Nagys Prestige Nutzen zu ziehen. Im Oktober waren so viele Spannungen angesammelt, das es keine Chance mehr für eine undramatische Lösung gab. War es doch fast ein Wunder gewesen, dass die Beerdigungsfeier für den hingerichteten und rehabilitierten Rajk nicht zu Unruhen geführt hatten. Nur die ausserordentliche Blindheit der Parteiführung kann erklären, dass sie in dieser Lage gesamthaft verreiste. Denn kaum waren die Särge in die Gruft gesenkt, fuhr Gerö mit Hegedüs, Kádár und dem restlichen Stab für zehn Tage nach Belgrad, um «die Freundschaft mit Jugoslawien zu festi-

gen». War es Dummheit oder eine List, um die Situation «verfaulen» zu lassen?

Letzte Chancen

Und doch, ganz so dramatisch war die Lage noch immer nicht. Gewiss, seit Monaten sammelten sich kritische Intellektuelle im Petöfi-Kreis, um über die Lage zu debattieren. Doch wer die Protokolle dieser Debatten liest, ist über deren Zahmheit erstaunt. Niemand forderte eine Rückkehr zum Pluralismus, niemand stellte die sowjetische Oberhoheit in Frage. Verglichen mit den Forderungen des «Prager Frühlings» waren die ungarischen Wünsche viel bescheidener. Und doch, die Ungarn standen auf, nicht ihre Genossen in Prag und in Bratislawa. Der dramatische Charakter einer Revolte — das erwies sich wieder einmal — entspricht nicht dem Radikalismus der zuvor ausgedrückten Ideen.

Woher die Heftigkeit des «Erdrutschs»? Kein Land des Ostblocks — mit Ausnahme der DDR — war damals in einem Zustand nationaler Demütigung wie Ungarn. Angesichts dieser tiefen Wunde hätte früher oder später die Explosion in eben diesem Land stattfinden müssen. Doch erst die Wechselfälle der Entstalinisierung erklären, warum die Explosion im Oktober 1956 stattfand.

Die Entwicklung der polnischen Krise wirkte mit. Die historische Verwandtschaft zwischen beiden Völkern lenkte die Aufmerksamkeit der Ungarn in besonderem Mass auf die polnischen Vorgänge. Auch bot sich der Vergleich Gomulka-Nagy an. Doch die polnische Revolution war nur Auslöser, die Sturheit der politischen Führung war der unmittelbare Anlass der Erhebung des

23. Oktobers. Noch am Abend dieses 23., als die Massen auf der Strasse waren, begriffen Gerö und seine Mitarbeiter nicht, dass ihnen etwas einfallen müssen, um die überhitzte Stimmung zu beruhigen.

Der Appell an die Sowjetbesatzung

Der Hauptgrund für die Heftigkeit des Schocks war der Appell der Führung an die sowjetischen Streitkräfte. Ohne diesen Appell wäre es nicht zum bewaffneten Kampf gekommen. Alle verfügbaren Zeugnisse und meine eigene Erinnerung bestätigen das. Ich war an jenem Tag bis zwei Uhr nachts auf den Strassen und sah, wie sich die ersten bewaffneten Gruppen bildeten. Es war der Wutausbruch, als die russischen Panzer auffuhren, der Reflex «das Vaterland zu verteidigen», was sie aus dem Nichts hervorrief. Ohne jene erste sowjetische Invasion in der Nacht

des 23. Oktobers hätte es vielleicht einige Scharmützel mit der politischen Polizei gegeben, die auf die Menge geschossen hatte — zum Beispiel vor dem Haus des Radios — aber keinen allgemeinen Aufstand. Die Furcht der kommunistischen Führer und ihre irrwitzige Idee, die Besatzungstruppen um Hilfe zu rufen, liess die politische Revolte zum bewaffneten Aufstand umschlagen.

Doch als der Volkszorn das Regime selber stürzen wollte, gingen die politischen Mittel, die den Frieden wiederherstellen konnten, unvermeidlich über das hinaus, was Moskau zu tolerieren bereit war. In der Dynamik der Revolution war ihr Scheitern angelegt, sobald der Eingriff der Russen sie über ihr ursprüngliches Ziel hinausgetrieben hatte. Ohne diesen schicksalsschweren Entscheid hätte das ungarische Volk vermutlich einen anderen, allerdings nachträglich nicht ahnbaren Weg gesucht.

Pierre Kende

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt stempelte Georg Lukács linientreu das Frankreich der Dritten Republik folgendermassen zum Hassobjekt Nr. 1: «(heute sei an Zolas grosse Gestalt zu erinnern) ... in einer Zeit, in der die Dritte Republik zur blassen Attrappe eines eroberungssüchtigen Imperialismus nach aussen, einer die Masse brutal unterdrückenden Diktatur nach innen geworden ist, in der an der Spitze aller Verräter der Demokratie sogenannte «Sozialisten» vom Typus Léon Blums stehen.»

Datiert 1940 ist das mit diesem Satz schliessende Buch «Balzac und der französische Realismus» 1952 im Aufbau Verlag, (Ost-)Berlin erschienen.

Das war der 99. Kongress

Brief aus Washington

Der 99. Kongress der Vereinigten Staaten hat in der Schlussphase vor den Wahlen umwälzende Beschlüsse gefasst: eine Steuerreform beschlossen, die Einwanderung neu geregelt, das Pentagon reorganisiert, die Altersgrenze für Arbeitnehmer aufgehoben, hundert Millionen Dollar für die «Contras» bewilligt, Sanktionen gegen Südafrika verhängt und eine Anzahl weiterer wichtiger Gesetze angenommen.

Darüber sei nicht vergessen, was der Kongress nicht getan hat: er hat kein einziges der 13 Budgets der Ministerien verabschiedet, sondern alle Kreidte in einem Omnibusgesetz zusammengefasst und damit 576 Milliarden Dollar bewilligt, und er hat das Defizit im Staatshaushalt zwar begrenzt, aber nicht beseitigt. Das Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz sollte den Fehlbetrag bis 1991 zum Verschwinden bringen.

Viele der Leistungen werden zu Recht oder Unrecht Präsident Reagan gutgeschrieben, entweder weil sie von ihm angeregt wurden oder weil es in Amerika Brauch ist, die als Motor betrachtete Exekutive nach den Arbeiten der Legislative zu werten. Kein Kongress seit der Reformperiode unter Lyndon Johnson hat so viel vollbracht wie der 99., der durch den am 4. November gewählten hundertsten Kongress im Januar in aller Form abgelöst wurde.

Radikale Steuerreform

Reagan hatte in der Kampagne für seine Wiederwahl 1984 recht wenig von seinem Programm enthüllt. Er hatte aber versichert, dass er keiner

Steuererhöhung zustimmen werde. Nach den Wahlen kündigte er an, dass die Reform der Bundeseinkommenssteuer — ohne Steigerung der Einnahmen — sein wichtigstes Anliegen sei. Ungezählte Anläufe sind gemacht worden, um dieses Steuergesetz zu modernisieren. Jimmy Carter hatte es «eine Schande der Menschheit» genannt, ohne aber eine Revision durchsetzen zu können. Das Gesetz war so kompliziert, dass jeder Steuerzahler 150 Dollar für Steuerberatungen abziehen durfte, weil die Mehrzahl nicht in der Lage war — und im kommenden Jahr immer noch nicht sein wird — die Formulare ohne Hilfe selber auszufüllen. Amtliche Steuerberater stehen den Bürgern ebenfalls zur Verfügung; auch sie irren sich nach Stichproben in über fünfzig Prozent der Fälle.

Dieses chaotisch gewucherte Ungezüm ist nun durch ein einfacheres Gesetz verdrängt worden, das jedoch immer noch fast neuhundert Seiten umfasst. Aber sechs Millionen Minderbeamtete sind nun von den Listen der Steuerpflichtigen ganz gestrichen worden. Nach den Erwartungen des Schatzamtes werden 60 Prozent der Einwohner in Zukunft weniger Steuern bezahlen, 25 Prozent gleichviel wie bisher und 15 Prozent mehr als bis anhin. Nur noch zwei Progressionsstufen, von 15 Prozent des Einkommens und von 28 Prozent, ersetzen die mehr als drei Dutzend früheren. 80 Prozent der Steuerzahler werden bloss die 15 Prozent ihres Einkommens dem Fiskus abliefern müssen.

Zum ersten Mal in einem modernen Industriestaat wird dieses Steuergesetz

keine grosse soziale Umschichtung oder Angleichung versuchen. Der Steuerdruck wird gemildert, und damit soll ein Anreiz geschaffen werden, von Hinterziehungen abzusehen und Ersparnisse produktiv zu investieren. Nicht alle Schlupflöcher für Steuerscheue sind geschlossen worden, und einige neue sind entstanden. Das Gesetz ist keineswegs perfekt. Man wird an das italienische Sprichwort erinnert: «Fatta la legge, trovato l'inganno.» Aber die Fortschritte sind unverkennbar.

Reagan hat bei der Unterzeichnung des Gesetzes mit Lob für sich und für den Kongress nicht gespart. Er meint, es handle sich nicht bloss um eine Reform, sondern um eine Revolution. In einer Weltmeisterschaft der Steuerreform sei das amerikanische Volk als Sieger hervorgegangen. Die Reform sei die beste Massnahme zur Arbeitsbeschaffung und im Kampf gegen die Armut. Die Vereinigten Staaten würden konkurrenzfähiger, während sie in das 21. Jahrhundert hineinwüchsen. Das tönt gut, aber die beiden Hauptschöpfer des Gesetzes, der republikanische Senator Bob Packwood und der demokratische Repräsentant Dan Rostenkowski, haben zu verschiedenen Zeiten zugegeben, dass man die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht genau abschätzen könne. Die beiden Volksvertreter und andere, die mit ihnen zusammenarbeiteten, haben eine Tat vollbracht, deren Grösse diejenigen am besten zu werten wissen, die je an Steuerreformen mühselig und oft erfolglos gearbeitet haben. Der enorme Gegendruck der Sonderinteressen auf der politischen Rechten und der Linken, die Unkenrufe, dass das Steuergesetz im nächsten Jahr zu einer wirtschaftlichen Rezession führen werde, vermochten den

Schwung nicht aufzuhalten, der sich plötzlich der Reformbewegung bemächtigte.

Die Einkommenssteuer des Bundes ist die wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Hand. Zusammen mit den Zöllen sollte sie für die Aufwendungen des Bundes aufkommen. Die Staaten und Gemeinden dagegen sollten ihren Finanzbedarf aus Immobiliarabgaben und Konsum- oder Umsatzsteuern befriedigen. Diese Trennung der Einnahmequellen hat jedoch ihre Grenzen längst verloren. Alle Staaten, ausser New Hampshire, erheben zusätzliche Einkommenssteuern, und der Bund schöpft alle möglichen Quellen aus, um seinen Finanzbedarf zu decken.

Während 14 Jahren hat der Bund ferner den Gemeinden und Staaten im Sinne eines Finanzausgleichs (Revenue sharing) Gelder zugeschaufelt, insgesamt 85 Milliarden. Die gesetzliche Grundlage wurde 1972 unter Richard Nixon geschaffen auf Anregungen, die wohl zuerst vom Wirtschaftsberater John F. Kennedys und Lyndon Johnsons, Walter Heller, vorgebracht worden sind. Damals wurde der Finanzausgleich als fortschrittliches Werk begrüßt. Reagan hat ihm 1986 ein Ende bereitet. Gemeinden und Staaten haben ihre Steuern erhöht.

Amnestie für illegale Einwanderer

Seit 14 Jahren wird an einer Revision des Einwanderungsgesetzes herumgebastelt; unvermittelt ist sie Wirklichkeit geworden. Das Repräsentantenhaus hatte im Frühherbst noch eine Weiterbearbeitung der Vorlage abgelehnt, dann vierzehn Tage später den Kurs gewechselt und sie wieder an die Hand genommen. Mit den starken Mehrheiten von 238 gegen 173 Stim-

men im Repräsentantenhaus und von 63 gegen 24 Stimmen im Senat wurde das Gesetz angenommen, für das sich vor allem der republikanische Senator Alan K. Simpson und die demokratischen Repräsentanten Romano L. Mazzoli und Peter W. Rodino eingesetzt haben. Das Gesetz gewährt allen vor dem 1. Januar 1982 illegal Eingewanderten eine Amnestie. Die Zahl der davon profitierenden Immigranten wird auf vier Millionen geschätzt, zusammen mit ihren Angehörigen auf acht bis zwölf Millionen. Niemand weiß, ob diese Zahlen Hand und Fuß haben.

Das Gesetz versucht ferner, die illegale Einwanderung zu verhindern. Wer illegale Immigranten anstellt, auch wenn es sich um Hausangestellte oder Babysitters handelt, wird empfindlich bestraft. Ob das genügen wird, um den Zustrom von Einwanderern vor allem aus Lateinamerika zu bremsen oder gar zu stoppen, bleibt fraglich. Die Vereinigten Staaten haben eine offene Grenze von ungefähr viertausend Kilometern, die nicht abgesperrt werden kann. Südlich dieser Grenze beginnt die Dritte Welt. Die Anziehungskraft der Verdienst offerierenden Zone im Norden ist unwiderstehlich. Wie sehr die Vereinigten Staaten auf die Zuwanderung angewiesen sind, geht aus der Ausnahmeregelung für mehrere hunderttausend Landarbeiter hervor, die «stoop labor» verrichten, d. h. gebückt bei Saat und Ernte helfen, was die amerikanischen Bürger nicht mehr tun wollen.

Aufhebung der Altersgrenze

Die Vereinigten Staaten gehen den andern Industrieländern oft mit ihrer Sozialpolitik voran. Ob die Europäer

ihnen bei der Aufhebung der obligatorischen Altersgrenze folgen werden, bleibt fraglich. 1967 hatte ein Gesetz (Age Discrimination in Employment Act) statuiert, dass niemand vor dem 65. Altersjahr zum Rücktritt gezwungen werden könne. 1978 wurde diese Altersgrenze auf 70 Jahre erhöht. Auf Betreiben des ältesten Mitglieds des Kongresses, des 86 Jahre alten Claude Pepper — einst als «Red Pepper» bekannt —, ist nun diese Limite ganz aufgehoben worden, allerdings nur für Arbeitnehmer in Unternehmungen mit mehr als zwanzig Beschäftigten. Für Professoren, Gefängniswärter, Polisten und Feuerwehrleute bleibt die alte Regelung noch während sieben Jahren in Kraft. Sie ist nicht anwendbar für gewisse Staatsangestellte, z. B. Luftlotsen und Angehörige der Geheimdienste.

Pepper meint, das neue Gesetz gebe älteren Arbeitern neue Hoffnung, die ihre Unabhängigkeit und Würde aufrechterhalten wollten. Aber es gibt ihnen keinen Anspruch, ihren bisherigen Arbeitsplatz beizubehalten. Der Versuch, Klagen wegen Diskriminierung auf Grund des Alters den Geschworenengerichten zu entziehen, die sich oft für die scheinbar Benachteiligten einsetzen, scheiterte; aber schon das Gesetz von 1978 suchte, offenbar mit Erfolg, der Sesselkleberei einen Riegel vorzuschieben.

Die allgemeine Tendenz läuft nicht in der Richtung des Wunsches nach längerem Arbeiten, sondern nach einer früheren Pensionierung. Das Durchschnittsalter des Rückzugs in den Ruhestand ist auf 63 Jahre zurückgegangen. Wenn ein Teil der Arbeitnehmer längere Jahre dem Verdienst nachgeht, dann spart der Staat bei der Social Security (AHV-IV) und bei Medicare (Bezahlung der Arztkosten für alle

Empfänger von Altersrenten) ein. Für die Arbeitgeber entstehen allerhand Komplikationen bei Pensionen, Versicherungen für Krankheit oder Todesfall, sowie beim Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen. Den Gewerkschaften ist die neue Regelung unvertraut oder verdächtig. Viele ihrer Führer sind der Idee verhaftet, dass der Arbeitsmarkt eine statische Grösse darstelle, dass durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit oder der Dauer des Beschäftigtseins mehr Arbeitsplätze frei würden.

Claude Pepper hat eine elastische Regelung durchgesetzt. Er hat eine «Heilige Kuh» geschlachtet, nämlich das seit Bismarck geltende Prinzip in Frage gestellt, dass 65 Jahre das richtige Alter für den Rücktritt sei, während doch mehr Leute früher, weniger dagegen später in Pension gehen wollen. Die Versicherer sollen, nach Pepper, nicht mehr über das Leben der Versicherten bestimmen.

Neue Kommandostruktur im Pentagon

Senator Barry Goldwater, der republikanische Kandidat in der Präsidentenwahl von 1964, Luftwaffengeneral der Reserve, der sich jetzt alters- und gesundheitshalber zurückzieht, bezeichnet die Reform im Pentagon als seine grösste Leistung während seiner langen Jahre im Kongress. Les Aspin, der Vorsitzende der Militärgesellschaft im Repräsentantenhaus, geht noch weiter, indem er das Gesetz als «Wendepunkt», als «totale Wandlung in der amerikanischen Geschichte» röhmt. Er nimmt den Mund voll; denn man weiss nicht, wie sich die Praxis entwickeln wird, ob die Widerstände gegen die Neuerungen überwunden werden kön-

nen. Das Gesetz erhebt den Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff zum wichtigsten militärischen Berater des Präsidenten, während diese Funktion bisher noch von dem Kollegium der Stabschefs der verschiedenen Waffengattungen ausgeübt wird. Der Vorsitzende erhält einen Stellvertreter zugeordnet, dem auf bestimmten Gebieten Befehlsbefugnisse gegenüber den Stabschefs übertragen sind. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter erhalten einen besonderen Stab, der nicht den Stabschefs der einzelnen Waffengattungen untergeordnet ist.

Dieser Stab lässt eine neue Karriere entstehen. Ähnliche Regelungen sind für die zehn über die ganze Welt verteilten Kommandostellen vorgesehen, wo in Zukunft ein Kommandant, nicht ein Kollegium der Kommandanten der verschiedenen Waffen, das Kommando führen soll. Die bisherige Karriere der Berufsoffiziere verlief ausschliesslich in den einzelnen Waffen, jetzt kann sie unabhängig von denselben in den Stäben erfolgen. Die Sonderinteressen der Landarmee, der Luftwaffe und vor allem der traditionell unabhängigen Kriegsmarine, die über eine eigene Luftwaffe und Landarmee (das Marinnekorps) verfügt, sollen überwunden werden.

Der Antrieb zu dieser Reform ging zur Hauptsache vom früheren Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, General David C. Jones, aus und fand in Büchern wie dem Bestseller von Edward N. Luttwak «Das Pentagon und die Kriegskunst» weitere Vorkämpfer. Die Lehren aus dem missglückten Versuch zur Befreiung der Geiseln in Teheran, der Zerstörung des Hauptquartiers der Marininfanterie in Beirut und der Missgriffe bei der Besetzung von Grenada sollen gezogen werden. Die neue Kom-

mandostruktur muss sich erst noch bewähren. Senator Sam Nunn, ein angesehener Militärexperte, der das Gesetz im Senat durchbringen half, warnt, dass die gegenwärtigen Militärführer eine Gruppe von Stars bildeten, die nicht gewöhnt seien, bei der Planung zusammenzuarbeiten oder auch nur im gleichen Team zu spielen. Eine Änderung ihrer Einstellung könne nicht durch ein Gesetz allein bewirkt werden. Aber der Kongress hat seinen Willen gezeigt, indem er die Vorlage im Senat mit 95 gegen 0 Stimmen und im Repräsentantenhaus mit 406 gegen 4 Stimmen annahm. Eingebaut wurden auch Empfehlungen der von Reagan eingesetzten und von David Packard präsidierten Kommission, durch welche unnütze Ausgaben im Pentagon reduziert werden sollten.

Plafonierung der Militärausgaben

Für Verschwendungen ist nicht allein das Verteidigungsministerium verantwortlich; der Kongress trägt ebenso dazu bei. In den letzten Stunden der Session versuchten die beiden Senatoren von New York, Moynihan und d'Amato, sowie ein Gegner der Rüstungspolitik Reagans aus Long Island, der Repräsentant Downey, indem sie die Kongressarbeiten und damit die Vertagung blockierten, das Pentagon zu zwingen, ein in ihrem Wahlgebiet produziertes Trainingsflugzeug anzuschaffen, das die Luftwaffe überhaupt nicht will. Der Streit endete mit einem Kompromiss.

Der Kongress bewilligte dem Pentagon schliesslich ungefähr 292 Milliarden Dollar, also mehr als zehn Prozent weniger als die Regierung verlangt hatte und bloss 1,4 Prozent mehr als für 1986. Er kürzte die Kredite für

die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) von 5,3 auf 3,5 Milliarden, nachdem er schon im Budget 1988 eine Reduktion um 26 Prozent und im Vorschlag für 1985 Abstriche von 21 Prozent gegenüber den Regierungsanträgen vorgenommen hatte. Im Kongress wurde von Gegnern der SDI das Argument verfochten, wenn diese nicht hundertprozentig wirksam sei, dann wäre es am besten, darauf zu verzichten. Der Streit darüber, ob eine Verteidigung der Gesamtbevölkerung oder nur der Nuklearwaffen anzustreben sei, geht weiter.

Der Repräsentant Les Aspin proklamierte, die Befugnisse des Präsidenten sollten beschränkt werden, wodurch für ihn und auch für die Sowjets ein Anreiz geschaffen würde zu verhandeln. Vor der Gipfelkonferenz von Reykjavik hatte das von den Demokraten beherrschte Repräsentantenhaus Reagan fünf Fesseln anlegen wollen, nämlich durch die Kürzung der SDI-Kredite, durch die Bindung der Regierung an die Rüstungslimiten des nicht ratifizierten und zudem abgelaufenen Salt-II-Vertrages, durch den Verzicht auf chemische Waffen, durch das Verbot von Versuchen mit Antisatellitenwaffen und durch die Begrenzung von allen Nukleartests auf eine Sprengwirkung von einer Kilotonne.

Im Hinblick auf Reykjavik fand sich der Kongress zu einem Kompromiss bereit. Die Bindung an Salt II wurde aufgegeben. Artilleriegeschosse von 155 Millimetern mit chemischer Ladung dürfen hergestellt werden, aber nicht die Bigeye-Bombe für die Luftwaffe. Antisatellitenwaffen können nicht auf feste Ziele, aber auf Punkte im Raum abgeschossen werden. Die Nukleartests werden im bisherigen Rahmen weitergeführt; aber Reagan

hat versprochen, die Verträge von 1974 und 1976 über ihre Begrenzung auf 150 Kilotonnen Sprengwirkung dem Senat zur Ratifizierung vorzulegen, falls mit den Sowjets eine Vereinbarung über die Verifikation gefunden werden kann. Der Kongress hat die Konstruktion von 12 MX-Missilen erlaubt, anstatt der 21, die Reagan verlangt hatte. Dafür wird der Bau von Midgetman-Missilen beschleunigt.

Der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, «Tip» O'Neill, der sein Amt niedergelegt hat, rechtfertigte den Kompromiss: «Wir im Kongress können über die Rüstungskontrolle bis zu einem gewissen Punkt legiferieren. Wir können öffentliche Erklärungen zugunsten der Rüstungskontrolle einsetzen, bis zu einem gewissen Punkt. Aber wir können nicht am Verhandlungstisch in Island sitzen.» Deshalb hat der Kongress für diesmal den Präsidenten von den meisten Fesseln befreit, die er ihm anlegen wollte.

Im Kongress ist die Rüstungskontrollmythologie weit verbreitet, nach welcher es die Waffen sind, welche die Kriegsgefahr erhöhen, nicht die politischen Spannungen und Konflikte. Ähnlich galten vor dem Zweiten Weltkrieg Waffenhändler wie Krupp oder Basil Zaharoff als besonders gefährlich für den Frieden. Internationale Spannungen sind schwer fassbar, oft ist es nicht leicht, ohne ideologische Voreingenommenheit die Verantwortlichen dafür zu finden. Waffen dagegen sind nicht abstrakt; sie können gesehen, gezählt und gewogen werden. Nichts einfacher, als ihnen die Schuld zu geben.

Bekämpfung der Rauschgifte

In Berührung mit Verteidigungsproblemen kam auch die Debatte über die

Bekämpfung der Rauschgiftsucht. Diese wurde durch einen gemeinsamen Fernsehauftakt von Nancy und Ronald Reagan eingeleitet. Sie uferte bald aus, wie das hier nicht selten geschieht. Das Repräsentantenhaus wollte die Todesstrafe für Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Rauschgiften verhängen und die Streitkräfte zur Bekämpfung des Drogenhandels einsetzen. Verteidigungsminister Weinberger widersetzte sich dieser Zweckentfremdung der Streitkräfte. Diese werden immerhin heute schon zur Überwachung der Grenzen verwendet. Aber es ist noch nicht soweit, dass Soldaten zu Verhaftungen schreiten dürfen. Die Trennung von ziviler und militärischer Gewalt ist noch gewahrt. Der Senat hat die beiden extremsten Bestimmungen aus der Gesetzesvorlage gestrichen.

Mit der Rauschgiftbekämpfung bleiben im wesentlichen die gleichen Behörden beauftragt wie bisher, und die gleichen Richter werden die Gesetze anwenden — oder eben nicht. Zu strenge Gesetze, wie etwa dasjenige von New York, das unter Gouverneur Nelson Rockefeller erlassen wurde, werden von vielen Richtern restriktiv interpretiert. 1,7 Milliarden Dollar sollen in den nächsten drei Jahren zusätzlich für die Bekämpfung der Rauschgifte aufgewendet werden.

Aussenpolitische Entscheidungen

Zum ersten Mal hat der Kongress die Aktion der Regierung Reagans gegen das sandinistische Regime in Nicaragua durch die Bewilligung von hundert Millionen Dollar humanitärer und militärischer Hilfe an die Rebellen legitimiert. Damit hat der Kongress eine Wasserscheide überschritten. Die unzähligen parlamentarischen Manöver

zur Verhinderung dieser Unterstützung scheiterten. Während über die Hilfe an die Antisandinisten gemarktet und gestritten wurde, wurde über die weit kostspieligere Hilfe an die Mudjahedin in Afghanistan und über die Unterstützung für Savimbi in Angola und für kambodschanische Freiheitskämpfer kein Wort verloren.

Mit anderer Stossrichtung hat der Kongress Sanktionen gegen Südafrika verhängt und das Veto Reagans dagegen mit 313 gegen 83 Stimmen im Repräsentantenhaus und mit 78 gegen 21 Stimmen im Senat überstimmt und damit dem Präsidenten eine empfindliche Schlappe beigebracht. Den Gegnern von Sanktionen in Südafrika, wie dem Zulu-Chief Buthelezi und Frau Suzman, hat der Kongress den Teppich unter den Füßen weggezogen, obwohl sie sich seit jeher der Apartheid widersetzen. Der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika wird weitgehend wie ein innenpolitisches Anliegen der Vereinigten Staaten behandelt, als ob es nur darum ginge, die Rechtsgleichheit der Schwarzen zu sichern, wie in den sechziger Jahren in Amerika.

Den Philippinen bewilligte der Kongress über die schon vorgesehenen Gelder hinaus nach einer eindrucksvollen Ansprache von Cory Aquino weitere zweihundert Millionen Dollar, ohne präzis zu entscheiden, woher diese kommen sollen. Die «Telerevolution» auf den Philippinen spielt sich ganz vor dem amerikanischen Fernsehen ab. Von der Ankündigung vorgezogener Wahlen durch den offensichtlich physisch und politisch abgenützten Präsidenten Ferdinand Marcos bis zu den gelbgekleideten Manifestanten und den zu neuen Führern überlaufenden Militärs und der Machtübernahme

Frau Aquinos mit dem Segen Reagans erschien alles im Kleinformat der amerikanischen Bildschirme und in englischer Sprache, als ob die Vorfälle sich in Alabama oder in Maine abspielten. Rauschartige Gefühle verbreiteten sich in Amerika, und eine Ernüchterung kündigt sich erst von ferne an.

Fast unter Ausschluss der öffentlichen Aufmerksamkeit ratifizierte der Kongress nach 37 Jahren das Abkommen der Vereinigten Nationen gegen das Genozid, obwohl manche Politiker befürchten, dass die Vereinigten Staaten wegen der Behandlung der Indianer in früheren Jahrhunderten angeklagt werden könnten.

Fernsehen im Senat

Dem Umweltschutz wurde Ehrerbietung bezeugt durch die Aufnung eines Superfonds von neun Milliarden Dollar, für den vor allem die Schlotindustrien im Rostgürtel des Landes aufkommen müssen.

Das Fernsehen wurde erstmals auch im Senat zugelassen, wo sich der Präsidentschaftsanwärter Joe Biden aufführte wie John McEnroe auf den Tennisplätzen. Marshall McLuhans Lehre, dass an dem «kühlen Medium» des Fernsehens nur ruhiges Auftreten wirkt, scheint dem demokratischen Senator aus Delaware nicht bekannt, obwohl er fast täglich in Ronald Reagan ein Vorbild sieht, wie die Television gemeistert wird. Schliesslich wählte der Kongress zwar nicht eine Schönheitskönigin, aber eine nationale Blume; als Siegerin ging die Rose («a Rose is a Rose is a Rose») hervor — vor der Stinkenden Hoffart.

Hans E. Tütsch

Abschied von Otto Oberholzer

Seit anderthalb Jahren hatten die Nachrichten aus Kiel bedenklich gelautet, doch der Bericht von Otto Oberholzer über «*Die neuen Romantiker*», in welchem skandinavische Entdeckerromane vorgestellt wurden¹, gab Anlass zu neuer Hoffnung. Niemand wusste, dass dieser letzte Beitrag an die «*Schweizer Monatshefte*», denen er durch Jahrzehnte verbunden war, im Bewusstsein des nahen Todes geschrieben wurde. Die Nachricht vom Hinschied erreichte uns im Norden; aus dem Besuch des Freundes wurde eine lange Fahrt zur Trauerfeier über die Holsteinische Schweiz, die im dichten Nebel lag.

Kiel, die alte Kleinstadt, nach den gewaltigen Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges grossstädtisch und weiträumig aufgebaut, hatte Otto Oberholzer zur zweiten Heimat gewählt. Mitte Oktober 1986 nahm die Stadt Abschied von diesem gelehrten Schweizer, der zu einem der ihren geworden war. Als sich die Trauergäste vor der grossen Halle des Krematoriums versammelten, wich der Nebel, und eine wärmende Sonne stand über den herbstlich bunten Baumkronen der Friedhofallee. Mit Wärme, in schlichter Würde sprach der Pastor im weissen Ornat die tröstenden Worte zum Abschied. Den braunen Sarg unter der Kanzel hüllten Kränze und Blumen ein, die von der Stadt, von deutschen Hochschulen, aus Schweden und aus der Schweiz in Auftrag gegeben waren. Die Ansprachen blieben inhaltsreich und kurz. Der Vizepräsident der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel dankte für

dieses im In- und Ausland hochgeachtete Wirken. Der Gelehrte werde schmerzlich vermisst, aber mehr noch der Mensch Otto Oberholzer mit seiner humanen Gesinnung, seiner spontanen Fröhlichkeit, seiner feinen Zuvorkommenheit. Professor Müller-Wille, Dekan der Philosophischen Fakultät, gestand ein, das vorliegende Werk lasse sich nicht in Worte fassen, weil neben den hohen wissenschaftlichen und fachlichen Qualitäten immer auch der Lehrer mit seinen Anregungen zu berücksichtigen sei. Eindrücklich zeichnete der Nachfolger in der Direktion des Nordischen Instituts das Bild der letzten Lebensmonate, in denen Professor Oberholzer sein Haus bestellt, die Mitarbeiter um sich versammelt und heiteren Gemüts, grosszügig, selbstlos und idealistisch die Arbeit der nächsten Zeit aufgeteilt, die kommenden «*Studien*» geregelt hatte.

In Zürich an der Spiegelgasse 4 geboren, in St. Gallen aufgewachsen, hatte Otto Oberholzer nach einem Studium in Deutsch, Geschichte und nordischen Sprachen, das er 1945 mit einer Dissertation über Richard Beer-Hofmann abschloss, vier Jahre lang ein Lektorat an der Universität Lund versehen und sich 1955, nach der Rückkehr, in Zürich mit Studien über Pär Lagerkvist habilitiert. In der Nachfolge von Hans Kägi am *Neuen Winterthurer Tagblatt* als Feuilleton-Redaktor 1951–1956 und als Kantonsschullehrer im Lee 1956–1968 wusste er auf charmant-anregende Weise Literatur zu vermitteln. Mehr und mehr wandte er sich der nordischen Literatur zu, be-

währte er sich als Übersetzer, in klug wertenden Beiträgen zu Lexika und Enzyklopädien, als Herausgeber und Redaktor. Oberholzer war bei seiner Berufung nach Kiel der erste Inhaber eines Lehrstuhls für neue skandinavische Literatur in der Bundesrepublik, gründete 1970 die Fachzeitschrift «*Skandinavistik*» als Periodikum «*für Sprache, Literatur und Kultur der nordischen Länder*» und betreute die auf zwanzig Bände angewachsene Reihe «*Skandinavistische Studien*». Ihm ist die starke Ausstrahlung des Nordischen Instituts der Universität Kiel zu verdanken, wie sie an Tagungen und Kongressen sichtbar wurde, und ihm waren denn auch die für einen Schweizer seltenen Ehrungen beschieden: 1970 erhielt er den Übersetzerpreis der Schwedischen Akademie, 1982 die Ehrendoktorwürde der Universität Linköping; er wurde in die Schwedische Akademie der Wissenschaft aufgenommen, 1985 Ritter des Königlich Schwedischen Nordstern-Ordens 1. Klasse und Träger der Medaille der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel.

Dem Trauergast aus der Schweiz wollte scheinen, die hohe Wertschätzung, die dem Studienfreund zu komme, gelte auch ein wenig dem Land, das solche Gelehrtenbegabung entwickelt habe und hinausziehen lässt. Anderntags war der Besuch auf dem versteckten Grab Matthias Claudius' und seiner Frau Rebekka hinter der Christuskirche im Norden Hamburgs

eine Freundespflicht, denn etwas vom Gemüt des Wandsbecker Boten steckte in Otto Oberholzer, dessen weiche, sonore Stimme über die Jahre nachklingt. Nun sind mit Peter Graf, dem stillen St. Galler Juristen, mit Daniel Roth, dem impulsiven Aargauer Journalisten, Verleger und Lehrer, und mit Otto Oberholzer schon drei Mitglieder jener HGFDP heimgegangen, die einst 1940/41 an der Zürcher Universität unter der Obhut Karl Meyers eine beachtenswerte Rolle des geistigen Widerstandes gespielt hat. Die als «*Hochschulgruppe für freiheitlich-demokratische Politik*» bezeichnete Studentenvereinigung verband den notwendigen Kampf gegen unschweizerische Machenschaften mit der Besinnung auf die Werte der eidgenössischen Demokratie, und die spätere Laufbahn der einzelnen Mitglieder bestätigte es immer wieder, dass damals in drangvoller Zeit ein sicherer Boden staatspolitischer Einsichten gelegt worden war. Otto Oberholzer gehörte dazu. Er hielt die Freundschaft aufrecht und nahm aus der Ferne an den Tagungen der heute noch bestehenden Gemeinschaft wenigstens in Gedanken teil.

Albert Schoop

¹ Die neuen Romantiker. Skandinavische Abenteuer- und Entdeckerromane seit 1950, von Otto Oberholzer. Schweizer Monatshefte, Heft 9/66, September 1986.